

Hier entsteht ein flexibles Altersheim

Das Alters- und Pflegeheim Felsenheim wird über die nächsten zwei Jahre erweitert. Gestern wurde in Sachseln der Baustart gefeiert.

«Das ist ein riesiger Meilenstein», freut sich Susanne Calligaris-Küchler über den feierlichen Baustart des Erweiterungsbaus Nord. «Es ist wichtig für unsere Bevölkerung und für Sachseln.» Seit sieben Jahren ist sie im Stiftungsrat des Alters- und Pflegeheims Felsenheim in Sachseln, seit dreieinhalb Jahren Präsidentin. Der gestrige 20. Januar ist für sie ein besonderer Tag. Gerade ist der «Lebensbaum», ein Kunstobjekt von Erwin Omlin aus der Schlosserei von Andreas Rohrer feierlich enthüllt worden. Darauf steht «Bauen für die Zukunft.» Die letzten Töne des Alphornquartetts Sarnersee sind verklungen. Wegen der eisigen Temperaturen hat sich die Apéro-Gesellschaft aus Bewohnern, Mitarbeitern, Stiftungsratsmitgliedern, Architekten, Baukommission und Vertretern von Gemeinde, Korporation und Kirche nach drinnen verschoben.

Eigentlich wäre der Startschuss für das Bauvorhaben schon viel früher geplant gewesen. Im Januar 2019 lag die Baubewilligung vor. Doch der Stiftungsrat verordnete sich eine Denkpause und ging noch mal mit weiteren Fachpersonen über die Bücher. «Das hat Mut gebraucht», erklärt Susanne Calligaris. «Wir fragten uns, ob wir auf dem richtigen Weg sind.»

«Denkpause war das einzig Richtige»

Heute ist sie froh, dass sich der Stiftungsrat zu diesem Schritt durchringen konnte: «Es war das einzig Richtige», sagt sie. «Es gibt uns das sichere Gefühl, mit der Entwicklung zu gehen.» Mittlerweile hat man sich dafür entschieden, nicht nur Pflegeheimplätze anzubieten, sondern auch Alterswohnungen und betreute Wohnungen. Die Entscheidung fiel zugunsten



Eindrücke vom Baustart (im Uhrzeigersinn von links): Baukommissionspräsident Moritz Büchi (links) und Geschäftsführer Peter Wechsler stellen den «Lebensbaum» auf und die Felsenheim-Bewohner freuen sich trotz Kälte mit den übrigen Geladenen am Apéro.



Bilder: Marion Wannemacher (rechts unten) und Manuela Jans-Koch (Sachseln, 20. Januar 2020)

einer flexiblen Lösung mit drei möglichen Varianten. Man gehe zwar von der Variante mit 70 Bewohnerzimmern und fünf betreuten Wohneinheiten aus, erklärt Peter Wechsler, der Leiter des Felsenheims. Möglich seien aber auch die Varianten mit 54 Bewohnerzimmern und 15 betreuten Wohneinheiten oder 78 Bewohnerzimmern ohne jegliche betreute Wohneinheit. «Mit nur ganz wenigen Umbauma-

nahmen für die Nasszelle kann man die Räumlichkeiten anpassen, die Anschlüsse sind vorhanden», erklärt Wechsler.

Die betreuten Wohneinheiten bestehen aus 1,5- oder 2-Zimmer-Wohnungen mit vier verschiedenen Betreuungsstufen. Insgesamt wird es 70 Pflegeheimplätze geben, zurzeit sind es 58. Zudem werden im Attika zu einem späteren Zeitpunkt drei Alterswohnungen mit

je zwei Zimmern entstehen, mit der Möglichkeit für die Mieter, zusätzlich Serviceleistungen zu beziehen.

Realisiert wird das Bauvorhaben durch die Architekturwerk AG, Sarnen. Die Architektur des Gebäudes, das auf dem Gelände Richtung jetzigem Parkplatz entsteht, lehnt sich an die des Felsenheims an. Auch an der Geschosshöhe wird sich nichts ändern. Stiftungsrat und

Betriebsleitung gehen von 10,35 Millionen Franken Kosten aus. Dazu kommen weitere 890 000 Franken für den Umbau des bisherigen Gebäudes für die drei Alterswohnungen und das geplante Intensivangebot.

Anstelle einer internen Demenzabteilung werde dieses aus einer Kleingruppe bestehen, die täglich Personen intensiver betreuen könne, je nach individuellem Bedürfnis, erklärt Peter

Wechsler. Für die neuen Strukturen wird künftig mehr Personal gebraucht. Wechsler schätzt, dass statt der hochgerechneten 60 Vollzeitstellen ungefähr 72 benötigt werden. Auch für ihn war es ein guter Tag: «Ich freue mich, dass wir nach dieser langen Planungsphase jetzt so weit sind», sagt er. Ende 2021 soll der Erweiterungsbau fertig sein.

Marion Wannemacher

Regierung zielt auf dezentrale Lösung

Die Nidwaldner Regierung will die Realisierung eines zentralen Schiessplatzes aus dem Richtplan streichen.

Matthias Piazza

Der Kanton soll die Idee eines zentralen Schiessplatzes fallenlassen und stattdessen auf die bestehenden dezentralen Schiessplätze setzen. Diese Änderung im kantonalen Richtplan forderten die beiden Landräte Remo Zberg (FDP, Hergiswil) und Peter Scheuber (CVP, Ennetmoos). Die Anlagen seien auszubauen und mit emissionsfreien Kugelfangsystemen auszustatten. Im selben Zug forderten sie auch, dass die Zahl der 300-Meter-Schiessanlagen, die von Erleichterungen der Lärmschutzverordnungen profitieren, auf sechs begrenzt wird.

«Es spricht nichts gegen die Streichung einer regionalen, zentralen Schiessanlage aus dem kantonalen Richtplan, soweit die koordinative Unterstützung durch den Kanton nicht mehr gewünscht wird», lässt

sich Regierungsrat und Baudirektor Josef Niederberger in der gestrigen Medienmitteilung zitieren. Dies auch, weil die Gemeinden von Gesetzes wegen den Schützen des obligatorischen Bundesprogrammes lärmschutzkonforme Anlagen zur Verfügung stellen müssten.

Gemeinden sollen Autonomie behalten

Allerdings spricht sich die Regierung dagegen aus, dezentrale Schiessplätze im Richtplan aufzunehmen, wie von den Motionären gewünscht. «Der Entscheid, wie viele und welche Anlagen die Gemeinden den Schiesspflichtigen zur Verfügung stellen, liegt weitgehend in ihrer Autonomie», begründet Josef Niederberger. Den Ausbau- und Einrichtungsstandard legen die Betreiber fest, ebenso, wer auf der Anlage zu welchen Bedingungen schießen darf.

«Die Sanierung der bestehenden Schiessstände ist deutlich günstiger, als eine neue Anlage zu bauen.»



Remo Zberg
Motionär (FDP, Hergiswil)

Die kantonale Zuständigkeit beschränkt sich auf aufsichtsrechtliche Funktionen, heisst es in der Mitteilung weiter. Fakt sei, dass intakte und gesetzeskonforme Schiessanlagen sowohl für das ausserdienstliche als auch für die Ausbildung von Schützenmeistern und Jungschützen unerlässlich seien. Ob es sich dabei um zentrale oder dezentrale Anlagen handle, spiele aus Sicht der Regierung keine Rolle.

Motionär Remo Zberg zeigt sich zufrieden, dass die Regierung der Hauptforderung zugestimmt hat. «Das ist völlig in unserem Sinne. Eine zentrale Schiessanlage würde in keinem vernünftigen Kostenverhältnis stehen. Die Sanierung der bestehenden Schiessstände ist deutlich günstiger, als eine neue Anlage zu bauen, welche sicher zwischen 20 und 40 Millionen Franken kosten würde», meint Remo Zberg, der sich schon im

Dezember 2017 – damals in der Rolle als Präsident der Gemeindepräsidentenkonferenz – mit dem Thema befasste. Eine Mehrheit der Gemeinden hatte sich aus finanziellen Gründen gegen eine zentrale Schiessanlage ausgesprochen.

Dass die Regierung keine Formulierung über die dezentralen Anlagen in den Richtplan aufnehmen will, bedauert Remo Zberg. «Eine solche Festlegung wäre behördenverbindlich und vor allem im Interesse des Schiesssports. Zudem erfordern bauliche Massnahmen eine Interessensabwägung, was auch für die kantonalen Amtsstellen zu verbindlichen Leitlinien in den Bewilligungsverfahren führen würde.»

Die Bundesgesetzgebung gibt vor, welche Lärmanforderungen einzuhalten sind. Zurzeit können die sechs bestehenden 300-Meter-Anlagen in Nidwal-

den nur dank Sanierungserleichterungen betrieben werden. Diese wurden mit dem überwiegenden Interesse an der Gesamtverteidigung des Landes erteilt, da auf diesen Anlagen auch das obligatorische Bundesprogramm geschossen wird.

2017 wurde die Lärmsituation neu beurteilt, worauf die Sanierungserleichterungen für zehn weitere Jahre gewährt wurden. Allerdings sind die Anzahl der Schiesshalbtage und Schusszahlen eingeschränkt. Ob diese Bewilligung auch nach 2027 noch erteilt werden kann, wird der Kanton aufgrund der Lärmschutzverordnung neu beurteilen müssen, schreibt die Regierung weiter.

Von der kantonalen Schützengesellschaft, welche jahrelang die Idee einer zentralen Schiessanlage verfolgt hatte, konnte gestern niemand Stellung nehmen.